

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postbestellungs oder Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Sternhand 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsredaktion: Hans Norden 2893 und 2896.

Vertrieb durch die Reichspostamt, Hauptvertrieb über Herrn Kamm 70 Pf., „Kleine Post“ des Reichspostamt Wert 20 Pf., jedes weitere Wert 15 Pf., Einzahlungsschein 30 Pf., bei Familien- und Veranlassungsangelegenheiten ist der Zuschlag fest. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsredaktion: Hans Norden 2896.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 24. Januar 1919

Nummer 42

Gegen die Flucht nach Weimar.

Gegen die Verlegung der Nationalversammlung.

Die Stadtverordneten Cassel, Stadtdirektor Rommsen, Dose, Körtz, Nebenow und Rosenow haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Unterzeichneten beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden nachmals nachdrücklich auf Einberufung der Deutschen Nationalversammlung nach der Reichshauptstadt Berlin unter Hervorhebung der Unzulässigkeit der Tagung in Weimar zu dringen, 2. gegen jede Bestätigung Preußens und Verweisung Berlins als dessen Hauptstadt mit Entschiedenheit vorstellig zu werden.“ Dieser Antrag soll mit einem anderen Antrag der Sozialdemokraten ähnlichen Inhaltes in der nächsten Sitzung beraten werden. Ein ähnlicher Antrag ist kaum zu zweifeln.

Die Flucht nach Weimar.

Die Regierung hat in einer offiziellen Erklärung behauptet, daß sie nicht daran denkt, auch ihren Sitz von Berlin nach Weimar zu verlegen. Die bestimmte Form, in die diese Erklärung gekleidet ist, soll über die innere Unsicherheit der Regierung in dieser Frage hinwegtäuschen. In Wahrheit haben die Herren Ebert, Scheidemann und Landsberg schon am 21. Dezember vorigen Jahres mit großer Entschiedenheit im Kabinett den Antrag gestellt, auch den Sitz der Regierung sofort nach Weimar zu verlegen, und nur der Weigerung der Unabhängigen in der Regierung, diesen Streich mitzumachen, ist es zu verdanken, daß der Plan vereitelt wurde. Der damalige Vorgang erklärt sich ebenso wie die jetzige Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar aus dem Schwächegefühl der Regierung, die sehr gut weiß, daß die große Masse der Berliner Arbeiterschaft ihren kühnen Rücktritt fordert.

Unterstaatssekretär Braun gegen Streiks.

Unterstaatssekretär Braun verbreitet einen Bericht über die Verhandlungen der Lebensmittelkommission in Trier, in dem es unter anderem heißt: Die Mengen von Lebensmitteln, die für den Bedarf von 30 Millionen Dollar eingeführt werden können (nicht bei Amerika einzuweisen, nicht zur Verfügung gestellt), sind bei den hohen Weltmarktpreisen nicht sehr erheblich. Sie werden sich nach den von uns geltend gemachten Ansprüchen vielleicht auf 70 000 Tonnen Speiseöl, 60 000 Tonnen Weizen, dann gewisse Mengen von landwirtschaftlicher Milch, Hafermehl, Reis und Fleischpräparaten belaufen und reichen deshalb zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise aus. Es wurde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerika auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei haben diese die Erklärung ab, daß die Welt vorläufig an Getreide und Getreide ausbleibend seien, um die ganze Welt reichlich zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Es liegt also in unserer Hand, die drohende Hungersnot abzuwenden. Aber dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Rohlen, Kaffee und Indurrierzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland beschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch engste Anstrengung und durch die Erzeugung von Gütern für die Ausfuhr selbst verdienen.

Im Anschluß daran warnt der Staatssekretär vor Streiks und Arbeits einstellen. Die bürgerliche Presse spricht diese Warnung in allen Tonarten nach. Damit gibt sie zu, daß das Schicksal Deutschlands, das heißt

die Macht in den Händen der Arbeiterschaft liegt.

Die Koalitionsregierung.

Wie zu erwarten war, wenden sich sowohl der „Vortwärts“ wie die Organe der bürgerlichen Demokratie gegen unsere Forderung, eine sozialistische Regierung müsse die Geschäfte während der Tagung der Nationalversammlung fortführen. Daß der „V.“ seinen Lesern dabei erzählt, wir hätten das Verbleiben der Regierung Ebert-Scheidemann gefordert, sei nur nebenbei erwähnt als Kennzeichen der polemischen Methodik dieses Blattes. Ueber die Unmöglichkeit dieser Regierung noch ein Wort zu sagen, ist überflüssig.

Natürlich beruft sich der „V.“, der das Kommen der Koalitionsregierung gar nicht mehr erwarten kann, ebenso wie das „Voll.“ und die „Post.“ auf angebliche Grundsätze der Demokratie. Wir haben schon betont, daß die Erledigung der Verfassung und der Steuergeetze von der Nationalversammlung in demokratischer Weise erfolgen soll. Dazu und nur dazu ist sie gewählt. Verlaßt sie ihre Arbeit, dann käme die Auflösung und Neuwahl in Frage. Zur Bildung einer Regierung gehört aber vor allem ihre Regierungsfähigkeit. Warum in diesem Stadium der Revolution eine solche Regierung nicht lebensfähig wäre, haben wir gestern ausgeführt. Wir haben dabei nicht gedroht, sondern auseinandergesetzt, welche Gefahren eine solche Regierung heraufbeschwören würde. Wenn zur Bildung einer Regierung in revolutionären Zeiten weiter nichts nötig wäre als eine simple Addition, dann wäre ja das Problem für „Vortwärts“-Redakteure ohne weiteres lösbar. So über werden sich die Arbeiter doch fragen müssen, ob sie der Preisgabe des Sozialismus durch die rechtssozialistischen Führer ruhig zusehen wollen.

Zur Polenfrage.

Die polnische Regierung gibt bekannt: Der Beschluß des Staatsministeriums vom 7. Februar 1888, nach welchem Personen, deren Muttersprache die polnische ist, grundsätzlich nicht als Beamte innerhalb der Provinzen Westpreußen und Posen sowie des Regierungsbezirks Oppeln angestellt oder in diese Landesstellen versetzt werden sollen, wird hierdurch aufgehoben.

Dom A- und S-Rat verhaftet.

Jena, 23. Januar. Der Vorsitzende des Jenaer Bürgerrates, Dr. Lohse, ist, wie die „L.“ meldet, auf Anordnung des dortigen A- und S-Rates verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, sich schriftlich bindig zu erklären, die Anordnungen des A- und S-Rates nicht durchzuführen zu wollen. Die provisorische weimarer Regierung hat entschieden, daß Lohse dem ordentlichen Gericht übergeben wird. Die Schatzkammer bleibt bestehen.

Die Völkerverbundkommission.

Paris, 23. Januar. (Reuter.) Antich wird mitgeteilt, daß die Völkerverbundkommission beschlossen haben, eine aus zwei Vertretern — einem Zivilisten und einem Militär — bestehende Kommission nach den Pringeninseln in Dalmatien zu entsenden, um dort mit russischen Abgeordneten zusammenzutreffen. Eine ähnliche Kommission wird nach Danzig gehen, um mit den Polen zu verhandeln. Am 25. Januar wird eine öffentliche Vollversammlung abgehalten werden, um über den Völkerverbund zu beraten. Lloyd George wird bei dieser Gelegenheit einen aus einigen wenigen kurzen Klauseln bestehenden Antrag über die allgemeinen Bedingungen einbringen. Daraus wird Wilson nach den Unterredungen mit Leon Borzgois, Lord Cecil und Smuts sprechen. Schließlich wird eine besondere Völkerverbundkommission darüber entscheiden, wie groß der von Deutschland angerichtete Schaden und wieviel Schadenersatz Deutschland zu bezahlen imstande ist, fernher in welcher Weise die Zahlungen geleistet werden sollen.

Die künftige Reichsverfassung.

Von Joseph Herzfeld.

Verfassungsfragen sind Machtfragen, hat uns Lassalle gelehrt. Die sozialdemokratische Regierung, die durch die proletarische Revolution zur Macht kam und die sozialistische Republik auszurichten verspricht, übertrug den Entwurf des Grundgesetzes dieser Republik, des Gesetzes, das für die Zukunft die Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit festlegen und das Ziel der Sozialisierung in seinen Grundlagen sichern sollte, einem bürgerlichen Demokraten, den sie zu diesem Zweck zum Staatssekretär des Innern machte. Seinen Entwurf billigte sie.

Der allgemeine Teil desselben liegt jetzt vor. Um es gleich zu sagen, wer es nicht möchte, daß in Deutschland eine proletarische Revolution stattgefunden und eine sozialistische Regierung am Ruder ist, aus dem Entwurf würde er es nicht erfahren. Von der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit und von Sozialismus ist in demselben mit keiner Silbe die Rede. Na selbst das Wort „Republik“ ist ängstlich vermieden, und die Bestimmung, daß die Staatsform die Republik sei, findet sich nirgendwo.

Im übrigen ist er ein gut bürgerlich demokratischer Entwurf, wie ihn vielleicht die Männer des Nationalvereins zur Aufrichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in dem von ihnen erstrebten Großdeutschland erträumt hätten. Aber nicht sie mochten die Verfassung des Reichs, sondern Bismarck als Sieger in der Revolution von oben und als Diktator ohne demokratische Skrupel. Er verankerte in ihr seine eigene politische Macht und die der Hohenzollern, sowie die ihrer Sippe, des Junkertums, der Bureaucratie und des Offizierkorps. Von Demokratie war in seiner Verfassung wenig die Rede. Als Diktator in parlamentarischen Formen schuf er mittels der eroberten politischen Macht in der deutschen Verfassung die festen und tiefen Fundamente der bürgerlichen Wirtschaftsordnung.

Nun aber, etwa fünfzig Jahre später, nachdem die Arbeiterklasse die Hohenzollern beseitigt, die politische Macht des Junkertums, der Generalität und der Bureaucratie gelehrt und die alte Reichsverfassung beseitigt, schickt sich die Bourgeoisie an, in der Verfassung der Republik ihre politische Macht, die sie den autoritären Mächten gegenüber nie hat erobern können, der siegreichen Arbeiterklasse gegenüber festzulegen und ihre Wirtschaftsordnung zu festigen und zu sichern.

Und die Regierung Ebert-Scheidemann hat dazu Ja und Amen.

Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur auf Wohl der Allgemeinheit auf gesetzlicher Basis vorgenommen werden.

So verkündet der Entwurf (§ 26) in seinem Abschnitt über die Grundrechte des deutschen Volkes.

Das ist die Magna Charta der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, wie sie in der Paulskirche in Frankfurt und später in der preussischen Verfassung nach der 48er-Revolution verkündet wurde. Nach der proletarischen Revolution von 1918 wird mit Zustimmung der sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann dieser Grundlag in einen Verfassungsentwurf aufgenommen, der die Magna Charta der sozialistischen Wirtschaftsordnung werden soll.

Und mehr als das. Der Entwurf bestimmt in § 28 als Grundrecht und Verfassungsgrundlag, der, wie Verfassungsgrundsätze überhaupt, nach § 51 des Entwurfs nicht aufgehoben werden kann, solange auch nur ein Abgeordneter mehr als ein Drittel der Mitglieder der beiden Häuser des Reichstags dagegen stimmt — und in welcher absehbaren Zeit dürften die bürgerlichen Parteien nicht insgesamt 141 unter den 421 Mitgliedern des Volkshauses haben — das das kapitalistische Privateigentum an Grund und Boden, insbesondere an Grundbesitz erhalten wird, „in gesunder Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz“. Mittel- und Kleinbesitz, heißt es weiter, „sind durch Schutz gegen Ausfaltung und Verwucherung zu festigen.“ Das ist die Grundidee der bürgerlichen Wirtschaft.

